



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Keine Ausweitung der Schuldengemeinschaft – Kein Europäischer Währungsfonds

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag lehnt die Forderung des Bundesministers der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, sowie den Vorstoß auf Europäischer Ebene zur Einführung eines Europäischen Währungsfonds von vornherein ab.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich in diesem Sinne entschieden gegen diese Pläne auf Bundes- und Europaebene einzusetzen und sich damit für die Belange des Deutschen Steuerzahlers stark zu machen.

Begründung:

Der Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, will offensichtlich nicht mehr mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über Hilfen für Griechenland streiten müssen. Im Rahmen des Frühjahrstreffens des IWF in Washington im April 2017 hat der Bundesminister der Finanzen nun dafür geworben, den Europäischen Rettungsfonds weiterzuentwickeln zu einem Europäischen Währungsfonds. Ähnlich hat sich auch der Chef der Eurogruppe und frühere niederländische Finanzminister Jeroen Dijsselbloem geäußert. Die Namensverwandtschaft zum IWF dürfte kein Zufall sein. Dr. Wolfgang Schäuble wollte den Experten aus Washington wohl demonstrieren: „Es geht auch ohne euch. Wir Europäer bekommen unsere Probleme auch alleine in den Griff.“ Geht es nach Schäuble, soll künftig allein der Europäische Fonds finanzielle Hilfen geben, wenn ein Mitglied der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) darauf angewiesen ist.

Die Idee ist nicht neu, bereits 2010 hatte Dr. Wolfgang Schäuble für einen solchen Europäischen Währungsfonds geworben. Damals haben sich die EU-Staaten allerdings bewusst dazu entschlossen, bei der „Griechenlandrettung“ den IWF mit an Bord zu holen, da der IWF im Gegenzug zu den Hilfen konkrete Reformen verlangt und regelmäßig prüft, ob die Vorgaben tatsächlich eingehalten werden. Kurz gesagt, ohne Reformen keine Hilfe. Ohne den IWF wären Reformen kaum mehr durchsetzbar. Am Beispiel Griechenland zeigt sich, dass das mit den Reformen so eine Sache ist. Dr. Wolfgang Schäuble sagte, „er wäre schon froh, wenn die Griechen die Hälfte ihrer Versprechen einhielten.“ Noch dazu sind die Europäer und der IWF uneins darüber, was Griechenland überhaupt leisten kann – und was nicht. So plädiert der IWF etwa dafür, im Rahmen eines Schuldenschnitts, den Griechen einen Teil ihrer Schulden zu erlassen.

In Europa und besonders in Berlin meint man dagegen immer noch, es gehe ohne Schuldenschnitt. Stattdessen fordern die Europäer, Griechenland solle bis 2018 seinen primären Haushaltsüberschuss auf 3,5 Prozent deutlich steigern. Mit dieser Kennzahl sieht man, wie gut Griechenland ohne Schulden dastünde. Der IWF hält das für unrealistisch und hat sich deshalb bislang auch nicht am dritten Rettungspaket für die Griechen beteiligt.

Klar ist, dass es für die EU viel bequemer wäre, wenn sie auf den IWF und seine Anforderungen künftig keine Rücksicht mehr nehmen müsste. Nur ist der bequemste und einfachste Weg nicht immer der beste. Auch wenn es anstrengend und zeitraubend ist, sich mit dem IWF auseinander zu setzen: Er ist ein objektiver Beobachter von außen, der noch dazu für seine strenge Auflagen bekannt ist. Wenn sich die Euroländer gegenseitig kontrollieren kann das nicht gutgehen und birgt insbesondere für den Steuerzahler und die zukünftigen Generationen ein enormes und unkalkulierbares Risiko.

Der Umgang mit den EU-Konvergenzkriterien (Maastricht-Kriterien) hat gezeigt, was passiert, wenn sich die Euroländer gegenseitig kontrollieren. Ein Bruch dieser Verschuldungsgrenzen ist in der EU bis heute nicht die Ausnahme, sondern der Regelfall. Überdies entmündigt dieses Vorhaben Griechenland völlig in seiner fiskalpolitischen Souveränität im Tausch gegen noch nicht näher spezifizierte weitere Finanzhilfen.

Der Vorschlag von Dr. Wolfgang Schäuble muss daher vom Tisch.